

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Rheinrepublik: ein untauglicher Hochverratsversuch.

Nachgiebigkeit beim Völkerbund zu Deutschlands Friedensvorschlägen? — Offschuß, Heeres- und Reichsleitung.

Die 100 Milliarden.

(Von unserer Berliner Vertretung.)

nn. Berlin, 1. Juni.

Wie das finanzielle Angebot in den deutschen Gegen- vorschlägen von allen Teilen unserer Antwort auf die Forderungen der Entente am meisten überreich hat, so ist auch die Kritik, die an diesem Angebot geübt wird, die schärfste, der sich die Regierung in ihrer bisherigen Arbeit ausgesetzt gefunden hat. Mit Fug und Recht, denn dies Angebot, das noch über das Höchstmäß der feindlichen For- derungen hinausgeht, muß mit seiner Ziffer von 100 Milliarden einen geradezu vernichtenden Eindruck machen, der auch dadurch nicht abge- schwächt wird, daß diese Zahl wohl als die endgültige Höchstziffer der deutschen Leistungsfähigkeit angesehen werden soll, aber keineswegs als die endgültige Summe, die wir zu zahlen gedenken. Denn es wird den Gegnern mit einem solchen Zugeständnis ja geradezu nahegelegt, uns zu sagen: soviel könnt Ihr zahlen, also müßt Ihr es auch. Das ist der Ausgangspunkt der Kritik, die allenthalben in der deutschen Öffentlichkeit gegen das 100-Milliarden-Angebot eingeleitet hat, das in seiner erdrückenden Höhe ebenlo vernichtend auf die Reste des deut- schen Volkswillens wie lähmend auf die deutsche Arbeit wirken muß. Diese Kritik gibtelt in der Kennzeichnung „Selbstmord“, mit der Staatsminister Dr. Helfferich in der „Freizeitung“ der Regie- rung das Vernichtungsurteil fällt, und dieses Urteil ist von der Presse der Rechte noch mit Kommentaren verstärkt worden, die sich von sach- licher Aburteilung recht erheblich und zum Teil in nicht einwandfreier Form entfernen. Die Regierung kann nicht erwarten, mit ihrem Vorschlag ungeteilte Zustimmung zu finden oder gar Anerkennung und es soll im folgenden keineswegs der Versuch gemacht werden, sie gegen irgendeine sachliche Kritik in Schutz zu nehmen; im Gegenteil ist an dieser Stelle bereits klar zum Ausdruck gekommen, wie über alle Ver- fälschungen das Angebot an die Entente bestritten hat. Es soll hier lediglich ein Blick auf die Motive der Regierung und auf die Voraus- setzungen getan werden, mit denen sie ihren Schritt zu begründen und die Möglichkeit seiner Durchführung zu sichern sucht, ein Blick, wie er in der ersten Ueberrückung sich dem kritischen Auge leicht entzog, ein Eingehen auf die Meinung der Regierung, auf das sie gerade als Angegriffene ein Recht hat, und das der Kritik keineswegs die Grund- lage nehmen, sondern sie nur vor Einseitigkeit bewahren soll.

Das Prinzip, auf das die Regierung die Grundlage unserer finan- zialen Vorschläge stellen mußte, war festgelegt durch die Annahme der Verpflichtungen, zu der wir bei Abschluß des Waffenstillstandes uns bereit erklärt haben, und wie sie in Wilsons vierzehn Punkten und der Lansing-Note ganz präzis ausgesprochen sind. Soweit der gegen- wärtige Entwurf über diese Basis hinausging, haben ihn die deutschen Gegenworschläge abgelehnt, so die Anerkennung von Schadenersatzpflicht für andere Gebiete als Belgien und Nordfrankreich, so das Hinan- gehen über den Schaden, der tatsächlich der Zivilbevölkerung zugefügt worden ist. Das wird ausdrücklich in der deutschen Gegennote betont, und in dieser Hinsicht kann man der Regierung tatsächlich nicht vor- werfen, sie habe Versprechungen gemacht, zu denen sie nicht verpflichtet war. Wenn die Regierung dann sich zum Eintreten für die gesamten Kriegskosten Belgiens verpflichtet, so beruft sie sich dabei auf Gründe, die zurückgehen auf die Erklärung des verantwortlichen leitenden Staatsmannes bei Beginn des Krieges, wo der Reichkanzler er- klärt hat, daß Deutschland unter dem Zwang der Verhältnisse ein Un- recht an Belgien begehen müsse, für den dadurch entstehenden Schaden aber eintreten werde. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß es hier gegolten habe, „nicht kleinlich“ zu sein, sondern diese Verpflichtungen auch voll zu übernehmen. Man kann über diese „Großzügig- keit“ auf Kosten des deutschen Volkes allerdings anderer Meinung sein, als die Regierung es ist. Jedenfalls führt dieser Gedanke nun zu der wesentlichen Frage, ob sich die solcherart von uns anerkannten Forde- rungen denn auch auf eine so hohe Summe belaufen werden, wie wir sie den Gegnern als möglich angeboten haben. Die Schätzungen dar- über sind sehr verschieden. Die Reichsentschädigungs- kommission ist zu wesentlich niedrigeren Ziffern gekommen, doch ist man sich augenblicklich noch nicht im reinen darüber, ob es möglich sein wird, die Forderungen in der von ihr angenommenen Weise zu be- fränkern, so daß etwa der Wert von Gebäuden in dem Augenblick der Zerstörung zur Norm geleitet wird und nicht die Kosten, die ihre Wiederherstellung jetzt erfordert; ähnlich zweifelhaft verhält es sich mit der Wertminderung des Ackerbodens durch die Einwirkungen des Krie- ges. Aber auch bei Einbeziehung aller dieser Möglichkeiten glaubt die Regierung nicht, daß die Summe von 100 Milliarden erreicht wird, und es waren tieferliegende Gründe, die sie veranlaßt haben, diese Summe zu bieten. Gründe, deren Erörterung vielleicht auf gegebenere Zeit vertagt werden sollte, wenn sie nicht heute bereits in einer Zu- schrift der „D. Z. am Montag“ aus Versailles verständlich genug ange- deutet würden mit den Worten: „Ein Angebot, das auch für die Gegner verlockend sein sollte“. Bis zu 100 Milliarden Goldmark! Da- von 20 Milliarden zahlbar bis 1926, die übrigen bis zu 80 Milliarden in jährlichen Raten, die in den ersten zehn Jahren eine Milliarde nicht überschreiten sollen. Wie weit uns auf die ersten 20 Milliarden Be- ferungen und Naturalleistungen angerechnet werden sollen, darüber ist, wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, noch keine endgültige Fest- stellung erfolgt. (In diesem Zusammenhang mag übrigens mit Bezug auf eine „Neuter“-Meldung bemerkt sein, daß eine zahlenmäßige Gegenrechnung für den uns durch die Hungerblöcke angetanen Schaden bisher noch nicht aufgestellt ist.) Was nun die „Annuitäten“ angeht, so liegt neben der Zinslosigkeit in ihrer Beschränkung auf eine Milliarde ihr wesentlichstes Moment, und daran ist die Kritik des Staatsministers Helfferich ohne Beachtung vor- begegangen. Mit einigem Recht betont die Regierung gegenüber solcher Kritik, daß die Summe von 100 Milliarden Mark nicht auf einmal, sondern in einer sehr langen Reihe von Annuitäten abzinsfrei ge- leistet werden soll. Was ferner bei den bisherigen Kritiken beiseite- gelassen wurde, sind die in den deutschen Entwurf klar zum Ausdruck gebrachten Voraussetzungen unter denen allein die Regierung die Ver- pflichtung zu solchen Leistungen eingehen sich in der Lage sieht. Diese Voraussetzungen gehen dahin, daß Deutschland in keiner Weise wirt- schaftlich verhinert werden darf, weder durch Schmäle- rung seines Bestandes, noch durch Einschränkungen seiner wirt- schaftlichen Betätigung im Innern und nach außen. Wenn Gebiets-

abtretungen im größeren Umfange verlangt werden sollten, als dies auf der Grundlage der vierzehn Punkte Wilsons zu erwarten war, so müßten auch die von Deutschland zu fordernden finan- zialen Leistungen entsprechend reduziert werden. Die Vor- aussetzung, daß nicht eine einseitige Kommission mit unbe- schränkter Vollmacht die Berechnung der Schäden vorneh- men, sondern daß dabei Deutschland gleichberechtigt mitwirken soll, ist bekannt, ebenso die Ablehnung irgendwelcher Kontrolle oder einer „first charge“ auf unsere Einnahmen. Dagegen ist die Regie- rung bereit, eine Kasse einzurichten, eine Art Sicherheitsfonds, der aus gewissen einheitlichen und leicht zu kontrollierenden Einnahmen, wie Zöllen und bestimmten Steuern, dauernd auf dem Stand von zwei Annuitäten gehalten werden soll, und auf den die Entente zurückgreifen könnte, wenn wir mit einer Jahresleistung im Rückstande bleiben wür- den. Die jährliche Milliardenleistung ist auch unter solchen Voraus- setzungen eine ganz ungeheuerliche Last. Nach dem Stand unserer Valuta übersteigt sie, wie schon betont wurde, unser Friedens- budget. Durch diesen Vergleich wird aber auch der folgende Ver- gleich angeregt: Vor dem Kriege betrug das gesamte Budget des Deutschen Reiches, der Staaten und der Gemeinden rund 4 1/2 Milliar- den Mark, jetzt wird es mit Einrechnung aller erforderten Leistun- gen eine Höhe von 23 Milliarden erreichen. Wenn dazu noch nach dem Stande der Valuta die 2 bis 3 Milliarden kommen, die an die Feinde geleistet werden sollen, so ist die entscheidende Frage nicht so sehr, ob und wie wir diese Entschädigungen aufbringen werden, son- dern vielmehr die Kardinalfrage, ob Deutschland imstande sein wird, ein 28-Milliarden-Budget für sich selbst zu tragen. Läßt sich diese Frage bejahen, dann wird sich auch der Weg zu der durch die Entschädigung bedingten Mehrbelastung finden lassen. Das Reichs- finanzministerium hat den Mut zur Zukunft, daß es diese Frage bejaht, — freilich unter der Voraussetzung, daß in Deutsch- land viel fleißiger gearbeitet und viel sparsamer gelebt wird als früher, und vor allem als jetzt. Man mag ihm zugestehen, daß vor solchen Problemen der deutschen Zukunft die jährliche Entschädigungsfrage nicht unbedingt die Angelegenheit prinzipiellster Natur darstellen muß, zu der ein Teil der Kritik sie macht. Der Kritik aber an der Art des Angebotes in unserem Gegenentwurf wird damit weder Ursache noch Berechtigung genommen.

Hochverrat im Rheinlande.

W. B. Frankfurt a. M., 1. Juni. In Wiesbaden und Mainz wurden heute Plakate angeschlagen, woran die Grün- dung der rheinischen Republik bekanntgegeben wurde. Diese rheinische Republik soll nach dem Aufruf eine „Stree- denrepublik“ sein und Rheinland, Rheinbessen, die Rheinpfalz und das Rurtertum Wirtensfeld umfassen. Die vorläufige Regierung, die angeblich schon besteht, hat ihren Sitz in Wiesbaden. Endgültig soll Koblenz die Hauptstadt werden. Die Erlaubnis zu den Wahlen zu der verfassunggebenden Versammlung soll sofort eingeholt werden. Die bisherigen Staats- und Gemeindebehörden sollen bis auf weiteres im Amte bleiben. Der Aufruf ist unterzeichnet von drei Arbeitsschaffern, nämlich dem rheinischen, nassau-rhein- bessen und pfälzischen Arbeitsschaffers. Es werden jedoch keine Namen genannt, jedoch das Plakat und der Aufruf völlig anonym sind. In Koblenz und Köln ist der Aufruf nicht verbreitet. Nur eine einzige Zeitung des besetzten Gebietes nahm davon Notiz und äußerte sich zustimmend, der „Mainzer Neueste Anzeiger“, ein Blatt, das schon seit einigen Wochen als von feindlicher Seite gefahren gilt. Selbst wenn es sich bei den Vorgängen nur um groben Unfug handeln sollte, würde Hochverrat vorliegen. Die rheinische Bevölkerung bekennt sich nicht und ent- schlossen zum Reich. Alle verbrecherischen Versuche der Loslösung sind auf einzelne, besonders geschäftstüchtige, ehrgeizige oder bestochene Per- sonen zurückzuführen.

W. B. Höchst a. Main, 1. Juni. Heute früh erichien hier aus Wiesbaden ein Automobil, dessen Insassen angeblich im amerikanischen Auftrag des französischen Kommandan- ten von Wiesbaden eine große Anzahl Plakate brachten, worauf die heute erfolgte Ausbringung der altmassonischen Republik in Wies- baden, der rheinischen Republik in Koblenz und der pfälzischen Repu- blik in Speier verkündet wird. Die Plakate sollen öffentlich angeklebt werden. Da die hiesigen deutschen Behörden die Nachricht bewarsteltet und das Plakat weder eine Unterschrift noch den Drucker trug, wie dies vorgezeichnet ist, lehnten sie die Anbringung der Plakate ab.

Abwehrstreik gegen die Rheinische Republik.

Berlin, 2. Juni. Der „Deutschen Allg. Ztg.“ wird aus Mainz be- richtet, daß als Gegenmaßnahme zur Ausbringung der rheinischen Republik heute der Generallstreik verkündet worden ist.

W. B. Berlin, 2. Juni. Weit über hundert rheinische, rhein- bessen und pfälzische Mitglieder der deutschen Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung aus allen Parteien folgten am 31. Mai einer Einladung des Ministerpräsidenten Scheidemann zu einer Aussprache über die Selbständigkeitsbestre- bungen in den Rheinlanden. In einer vierstündigen Aus- sprache, bei der das ganze Material noch einmal aufgearbeitet wurde, trat die völlige Uebereinstimmung zwischen Regierung und Abgeordneten zu Tage, insofern als der Gedanke der Loslösung vom Reich als völlig undiskutabel von allen Seiten verworfen wurde. Vor der Verabschiedung der Verfassung und vor dem Frie- densschluß könne auch an eine Veränderung des staatsrechtlichen Ver- hältnisses zu Preußen nicht gedacht werden.

Berlin, 2. Juni. Zu dem Plakatstreik im Rheinlande wird dem „Berl. Tagebl.“ berichtet, daß in Wiesbaden die Plakate unentgeltlich angeklebt waren, von der Bevölkerung ab- gerissen wurden, sodas nur wenige Personen die Proklamtion zu Gesicht bekamen.

W. B. Berlin, 30. Mai. Daß die hochverräterischen Umtriebe, die auf Losrennung des Rheinlandes hin- zielen, in den weitesten Bevölkerungskreisen keinen Widerhall finden, geht am besten hervor aus den Telegrammen, die an den Reichspräsidenten gelangt sind: Gerade in den letzten Tagen sind zahlreiche Rundgebungen besonders aus Essen, Elberfeld-Barmen sowie aus vielen Ortschaften des Niederrheins in Berlin eingetroffen. Re- den Protesten gegen den Gewaltfrieden enthalten diese Rundgebungen ein Treugelübnis zum Deutschen Reich, des besser als alles andere die rheinischen Sonderbestrebungen verurteilt.

Französische Wählerarbeit in der Pfalz.

W. B. Berlin, 31. Mai. Von bestunterrichteter Stelle wird aus Süddeutschland gemeldet: Französische Kontrolloffiziere bereiten die Pfalz, bearbeiten die Bürgermeister, berufen Versammlungen ein und werben offen für eine neutrale selbständige Republik Pfalz. Sie drohen den Beamten mit den Kriegsverurtheilten Plakate werden angeschlagen und verteilt. Der Verkehr mit dem rechts- rheinischen Gebiet ist vollständig gesperrt. Die Regierung und die Presse werden völlig geteilt. Die Beamten erklären, daß sie in der neutralen Republik jeden Dienst verweigern werden. Die große Mehrheit des Volkes steht hinter ihnen.

Verhandlungswille bei der Entente?

(Eigene Drahtung der „Königsberger Zeitung“.)

nn. Berlin, 2. Juni. Auszüge aus den Auslandsnachrich- ten der Berliner Sonntagblätter zeigen eine Entspannung der politischen Lage an. Abgehen vom „Figaro“ und „Journal“ führen die Blätter nirgends eine so heftige Sprache gegen Deutsch- land in den letzten Tagen. Dagegen kündigt die „Humanität“ an, daß demnächst eine Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegen- vorschläge erfolgen, und daß sich daran weitere Erwiderungen anschließen werden. Die Blätter bestätigen die von der „Daily Mail“ gebrachte Meldung, wonach fünf englische Minister in Paris ein- getroffen sind, und zwar Außenminister, Wilson, Churchill, Her- bert Hoover und Montagu, um an den Beratungen über den Friedens- vertrag teilzunehmen, und vertreten sich gleichzeitig, daß sich inner- halb der englischen Delegation zwei Gruppen gebil- det haben, von denen die eine unter Führung Lloyd Georges dafür sei, auch nicht um einen Fuß breit zu weichen, während die andere zu Zugeständnissen, wenn nicht gerade zu Verhandlungen rät. Aber nicht nur in der englischen Delegation haben sich zwei Gruppen gebildet. Die ganze Konferenz scheint in zwei Lager ge- teilt zu sein und die französische Presse, die es weiß, es der Meinung wegen aber nicht sagen kann, läßt es durchblicken. Nach einer Mel- dung des „Bon Jour“ wurde am etwa 50 Deputierte der Part des Friedensvertrages gewählt, dem anscheinend deutsche nach Frankreich gelangene Veröffentlichungen zugrunde liegen. Der Sondervertre- ter der „Vossischen Zeitung“ gibt von diesen Feststellungen folgende Mit- teilung: Die Verhandlungen haben begonnen und werden trotz des Ge- schickes der Chauvinisten fortgesetzt werden, angeblich, weil die ameri- kanische Abordnung findet, es sei aus verschiedenen Gründen geboten, die deutschen Vorschläge zu berücksichtigen. Die Verhandlungen wer- den Deutschlands Schwierigkeiten bei der Unterzeichnung erleichtern, was für die französische Regierung von Gewicht ist. Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ berichtet von hohen politischen Kreisen aus Paris, Deutschland werde den Frieden Ende dieses Monats unter- zeichnen. Zunächst werden 10 bis 14 Tage für den Meinungsaus- tausch über gewisse deutsche Gegenworschläge verstreichen. Wenn Deutschland dann die Verhandlungen weiter zu verschleppen sucht, wird es ein Ultimatum bis Ende des Monats erhalten. Das englische Blatt deutet hier in sehr breiter Form Ver- handlungen auf zeitlich und sachlich breiter Grundlage an, als bisher erwartet wurde. Die Hinweise auf den Einfluß dieser oder jener alliierten Regierung bezüglich Währung des Verhandlungsmodus sind durchaus irreführend. Zunächst scheint ein Weltfrieden vorhanden, Deutschland in vorzüglicher Form den guten Willen zu zeigen. Die bisher zurückgehaltene deutsche Mani- feste wurde heute in den meisten feindlichen Blättern ausführlich ver- öffentlicht. Teilweise mit ausdrücklicher Anerkennung der milderen Töne im Vergleich zur Denkschrift. Die persönliche Autorität des Grafen Hanban wird nicht ohne Sympathie herangezogen. Während die Prüfung der Gegenworschläge durch den Biererrat begonnen hat, erscheint eine Uebersetzung der Pariser „Chicago Tribune“ be- merkenswert, die feststellt, daß ein Teil der amerikanischen De- legation zu unbedeutendem Entgegenkommen in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen neigt und die britische Delegation geteilter Meinung sei. Die Hälfte stehe auf dem unüberhöhnlichen Standpunkt Lloyd Georges, die andere sei zu einem kleinen Zugeständnis geneigt. Die Japaner und Italiener nehmen eine mehr oder weniger gleichgültige Haltung ein, während die französische und belgische De- legation geschlossen ablehnend sich verhalte. Ueber französische Anzeigungen bezüglich des linken Rhein- ufers unterrichtet ein Artikel, den der französische Abgeordnete Broussé im „Journal“ veröffentlicht. Er fordert, daß in den wich- tigen rheinischen Großstädten französische Schulen errichtet werden. Diese für die Kinder der französischen Offiziere und Unteroffiziere bestimmten Schulen sollen auch deutsche Schüler auf- nehmen und werden dann, so sagt Broussé, „zum Mittelpunkt der Ausstrahlung unseres Einflusses werden. Sie werden der Herb sein, von wo aus sich die belebende Flamme des französischen Gedankens zum großen Nutzen unseres Prestiges über die ganze Welt ver- breiten wird.“

Brockdorff zur Friedensmöglichkeit.

B. D. Versailles, 31. Mai. Der Vertreter des Bureaus „Europa-Press“ hat am Donnerstag Abend, wenige Stunden nach der Uebersendung der deutschen Denkschrift den Grafen Brockdorff- Hanban über seine Meinung hinsichtlich der künftigen Entloisung der Dinge befragt.

Der Graf erwiderte auf die Frage des Journalisten, ob er nicht meine, daß die deutschen Gegenworschläge, die dem deutschen Volke un- geheure wirtschaftliche Lasten aufbürden, den Gegnern nicht genügen würden: „Ich weiß es nicht. Nach dem Leitartikel des „Temp“ vom Mittwoch scheinen unsere Gegner anzunehmen, daß die deutschen Gegenworschläge die Grenzen überschritten, innerhalb deren sie uns eine Verprechung des Friedensvertragsinhalts gestatten wollen. Wenn der Artikel die Meinung der feindlichen Führer wiedergibt, sehe ich kaum eine Aussicht auf Verständigung. Es bleibt dann dabei, daß man uns nicht den Vorschlag zu einem Vertrag, sondern den Text eines Strafurteils vorgelegt hat. In diesem Falle wun- dere ich mich nur, daß die Gegner noch viel Wert darauf legen, unsere Namen unter dem Dokument zu sehen; denn, soviel ich weiß, hängt in keinem Lande die Rechtskraft der Strafurteile davon ab, daß der Angeklagte sie unterzeichnet hat.“

Der Korrespondent fragte weiter: „Halten Sie den Abstand zwischen den Forderungen der Gegner und dem Angebot Deutschlands für unüberbrückbar?“ Graf Brockdorff erwiderte: „An sich liegt diesen ein prinzi- pieller Gegensatz zu Grunde, der nicht auszugleichen ist. Man kann